Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 102 (2008)
Heft: 11

Artikel: Zweierlei Bürger, im Bus und im Staat
Autor: Schnieper, Marlène
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-390004

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Marlène Schnieper

Zweierlei Bürger, im Bus und im Staat

: Ein Knäuel schwitzender Menschen drängt sich in Bethlehem in den Kleinbus nach Jerusalem. Ich schaffe es nicht einmal, bis zum Chauffeur vorzudringen, der die Billette ausgibt. Ermattet setze ich mich auf eine Mauer im Schatten eines Feigenbaumes, um auf den nächsten Bus zu warten, ziehe ein Manuskript aus der Tasche, lese eine Weile. «So kommen Sie hier nie fort», spricht mich ein Palästinenser an, der sich neben mich gesetzt hat und die Beine baumeln lässt. Ich schlage vor, dass wir uns organisieren. «Beim nächsten Anlauf könnten Sie ja die Tickets für uns beide lösen, ich besetze unterdessen zwei Plätze.»

Die Rollenteilung hilft. Bald sitzen wir nebeneinander im Bus, kommen ins Gespräch. Hassan Faraj, so heisst mein neuer Bekannter, ist Psychologe. Er stammt aus Ostjerusalem, das Israel im Sechstagekrieg von 1967 besetzte und später annektierte. Die Palästinenser dort sind nicht israelische Staatsbürger, sondern nur Niedergelassene, ausgestattet mit der blauen Identitätskarte, an die das Residenzrecht in der heiligen Stadt geknüpft ist. Dieser Ausweis räumt seinen Inhabern in Israel eine Bewegungsfreiheit ein, die Palästinenser sonst nicht besitzen, gleichzeitig trennt er sie von ihren Landsleuten im besetzten Gebiet. Mit der blauen ID kann Faraj zwar problemlos nach Tel Aviv zum Baden fahren, um Vorlesungen in Bethlehem in der südlichen Westbank zu besuchen, muss er jedoch einige Hürden nehmen.

Die Annexion Ostjerusalems wurde völkerrechtlich nie anerkannt. Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas geht davon aus, dass Jerusalem im Rahmen der von ihm angestrebten Zweistaatenlösung auch zur palästinensischen Hauptstadt wird. Deshalb pocht Abbas darauf, dass Israel im fraglichen Raum nicht ständig neue Tatsachen schafft. Entlang der zehn Kilometer, die zwischen Bethlehem und Jerusalem liegen, reiht sich indes eine jüdische Siedlung an die andere: Neve Daniel, Beitar Illit, Har Gilo, Har Homa. Bethlehem, die Stadt, in der die Geburtskirche Jesu steht, ist auf drei Seiten vom Sperrwall eingekreist, via Bypass-Strassen und Tunnels brausen die Israeli über die palästinensischen Dörfern hinweg.

Am Checkpoint vor Jerusalem muss Faraj wie alle anderen palästinensischen Passagiere aus dem Bus steigen. 15 Frauen und Männer müssen neben dem Fahrzeug mit im Nacken verschränkten Händen warten, bis israelische Soldaten ihre Papiere kontrolliert haben. Geduldig lässt der Psychologe die Prozedur über sich ergehen. Als er nach einer Viertelstunde zurückkommt, drücke ich meine Scham darüber aus, dass ich mit meinem Schweizer Pass als Einzige sitzen bleiben durfte. «Allzu lang sind Sie wohl noch nicht hier, sonst wären Sie nicht so empfindlich», spottet er. «Unsereins ist schon froh, wenn die Militärs ihre Machtdemonstration zügig abspulen.»

Den Friedensprozess, den sein Präsident zusammen mit Israels Premier Ehud Olmert vor einem Jahr in Annapolis neu lancierte, vergleicht Faraj mit einem therapeutischen Experiment. «Erst bauen die Israeli eine gigantische Gefängnismauer um uns herum. Wenn sie dann sechs der 600 Riegel wieder entfernen, verkaufen sie uns das als Fortschritt,

für den wir dankbar sein sollten. Das ist Verhaltenstherapie mit umgekehrten Vorzeichen – und wir, die wir längst vergessen haben, was Freiheit ist, fallen auch noch drauf rein», resümiert er. Der Mann ist erst 28-jährig, trotzdem glaubt er nicht, dass er einen palästinensischen Staat noch erleben wird.

In Ostjerusalem arbeitet der Therapeut mit palästinensischen Jugendlichen, die einen halben Kilometer vom Zentrum der israelischen Hauptstadt entfernt, in Drittwelt-Verhältnissen aufwachsen. Täglich umfährt er dort israelische Baustellen, welche die Grüne Linie, die Waffenstillstandslinie von 1949, zur Illusion werden lassen. Er höre Bob Dylan und lese Philip Roth, empfinde sich als moderner Weltbürger, sagt Faraj. «Die Formel zwei Staaten für zwei Völker hielt ich stets für die schmerzloseste Art, die Jahrhunderttragödie in Nahost zu beenden. Inzwischen zweifle ich freilich, ob ein Palästinenserstaat in den Grenzen, wie sie vor 1967 galten, überhaupt noch zu verwirklichen sei.»

Zwar hatten sich Abbas und Olmert in Annapolis vorgenommen, ein Dokument über den definitiven Status eines solchen Staates noch vor Ende der Amtszeit von US-Präsident George W. Bush zu unterzeichnen. Aber der Palästinenserpräsident vermochte die Spaltung in den eigenen Reihen bisher nicht zu überwinden, Olmert ist Regierungschef auf Abruf. Der scheidende US-Präsident braucht seine letzte Kraft, um die Wirtschaftskrise einzudämmen. Die Hoffnung, dass die Konfliktparteien noch in der Ära Bush eine Übereinkunft für eine Zweistaatenlösung verabschieden könnten, sinkt gegen null.

In dieser Situation diskutieren palästinensische Intellektuelle einen Strategiewechsel. Immer lauter erklingt der Ruf, die Autonomiebehörde, ein Vermächtnis des Teilabkommens von Oslo 1993, aufzulösen. Die Palästinenser gaben sich damals mit einer beschränkten Selbstverwaltung zufrieden, die sukzessive ausgedehnt werden sollte, bis ein palästinensischer Staat an Israels Seite Gestalt angenommen hätte. Was einst als Errungenschaft gefeiert wurde, ist in den Augen vieler zur Farce verkommen. Die internationale Gemeinschaft solle die Milliarden, mit denen sie dieses Luftschloss finanziere, entweder an fassbare Fortschritte bei den Friedensverhandlungen knüpfen oder die Mittel zurückziehen. So werde Israel vielleicht eher Hand bieten zu einer politischen Lösung, argumentiert etwa der Philosophieprofessor Sari Nusseibeh, Rektor der Al-Quds-Universität.

Nusseibeh, lange ein Verfechter der Zweistaatenlösung, warnt auch, dass dieses Konzept an Rückhalt verliert. «Wenn sich die israelischen und palästinensischen Politiker nicht rasch auf ein Abkommen einigen, das meinem Volk erlaubt, sein Selbstbestimmungsrecht in einem souveränen Staat wahrzunehmen, so werden wir andere Möglichkeiten erwägen müssen. Eine Alternative wäre Koexistenz unter einem Dach. Die Palästinenser werden sich ihre Rechte dann in einem binationalen Staat erstreiten müssen, der gleichzeitig demokratisch umzugestalten wäre.» Faraj meint allerdings, so einfach wie bei einer Busfahrt von Bethlehem nach Jerusalem sei das organisatorisch nicht. Die Israeli würden auch weitere Kriege nicht scheuen, um binationale Pläne zu zerschlagen, fürchtet der Psychologe. Nusseibeh pflichtet ihm indirekt bei. «Eine Zweistaatenlösung können die Parteien schon morgen beschliessen. Gleichberechtigung in einem einzigen Staat hingegen werden wir erleiden müssen. Das kann nochmals 100 Jahre dauern», unterstreicht der Philosoph. •